

Politische Gewalt im Spiegel der Statistik

(Von E. Noldus)

Ein hervorragendes Beispiel für eine politisch motivierte Falschmeldung lieferte ZEIT ONLINE am 23. 12. 2019 unter der Überschrift: „Die meisten politischen Taten gegen Amts- und Mandatsträger sind von Rechtsextremen verübt worden. Am häufigsten betroffen waren Politikerinnen und Politiker der CDU.“

Diese Falschmeldung basierte auf einer schriftlichen Anfrage des FDP-Abgeordneten Kuhle:

„Wie viele Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger hat es nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2019 bisher gegeben, und wie verteilen sich diese auf die verschiedenen Bereiche politisch motivierten Kriminalität?

Wie oft waren Mitglieder der Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, im Jahr 2019 von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger betroffen (bitte nach Parteien aufschlüsseln)?“

Beide Fragen wurden am 17. 12. 2019 vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Günter Krings wie folgt beantwortet: Für das Jahr 2019 wurden bislang (Stand 11. Dezember 2019) 1.241 politisch motivierte Straftaten mit dem Unterangriffsziel „Amtsträger und / oder Mandatsträger“ durch die Länder gemeldet. Die Phänomenbereiche der politisch motivierten Kriminalität (PMK) unter Hinweis auf den noch vorläufigen Charakter durch Nach- oder Änderungsmeldungen:

PMK-Bereich	Zahl der Straftaten	Prozentsatz
Links	246	19,8
Rechts	440	35,5
Ausländische Ideologie	11	0,9
Religiöse Ideologie	6	0,5
Nicht zuzuordnen	538	43,4

Diese Statistik, deren zugrunde liegende Systematik man in den Veröffentlichungen des Bundesinnenministeriums nachlesen kann, basiert auf einer Täter-Kategorisierung nach PMK-Bereichen. Wir werden weiter unten sehen, daß die auf die zweite Frage hin erstellte Statistik eine völlig andere Grundlage hat und die Überschrift von ZEIT ONLINE einen Zusammenhang suggeriert, der nicht besteht.

Zur Technik der Manipulation

Zur Erläuterung der Problematik legen wir einige Zahlen des Bundesinnenministeriums zur politisch motivierten Kriminalität (PMK) im Jahre 2018 vor. Die Statistiken finden sich mit Erläuterungen in der Veröffentlichung „Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2018“.

Spalte 1 enthält die Kategorien, Spalte 2 die Gesamtzahlen aller Delikte überhaupt.

Im Bereich „PMK rechts“ sind 61,6% aller Delikte Propagandadelikte. Insgesamt für alle Bereiche machen die Propagandadelikte 39,1% aus. Darunter fallen etwa das Zeigen des Hitlergrußes oder von Zeichen verbotener Organisationen. Aus diesem Grunde sind Gewalttaten (insbesondere Körperverletzungen und Tötungsdelikte) gesondert erfaßt (Spalte 3 „2018 Gewalt“).

Körperverletzungen einschließlich 12 versuchter und drei vollendeter Tötungsdelikte werden in Eingrenzung der Gewalttaten separat aufgeführt (Spalte 4 „2018 Körper“). Es folgen Statistiken in weiteren Unterkategorien, welche teilweise erst seit einigen Jahren separat aufgeführt werden. An-

hand der drei Spalten oben ist aber schon jetzt erkennbar, daß die Kriminalstatistik selbst reichlich Anknüpfungspunkte für unterschiedliche Interpretationen gibt.

	2018 gesamt	2018 Gewalt	2018 Körper
PMK rechts	20431	1156	1000
PMK links	7961	1340	507
PMK ausl. Ideologie	2487	425	260
PMK rel. Ideologie	586	58	49
PMK nicht zuzuordnen	4597	387	204
Gesamt	36062	3366	2020

In einem besonders sensiblen Bereich läuft eine Diskussion hauptsächlich im Hintergrund und kaum thematisiert von den Leitmedien. Die Rede ist von der Ein- bzw. Zuordnung antisemitischer Straftaten. Anlässlich der Vorstellung der Jahresstatistik 2018 zitierte die „Jüdische Allgemeine Zeitung“ am 14. 5. 2019 den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Josef Schuster, wie folgt:

„Fast 90 Prozent der antisemitischen Straftaten werden als politisch rechts eingeordnet. Diese Angaben decken sich jedoch nicht mit den Erfahrungen der Betroffenen. Die Erfassung jüdenfeindlicher Straftaten sollte daher verbessert werden, damit wir ein möglichst realistisches Bild des Antisemitismus in Deutschland erhalten. Hinzu kommt eine Fülle von Vorfällen, die zwar nicht strafbar sind, aber Juden diskriminieren und gesellschaftlich ausgrenzen...“

Fast 90 Prozent der antisemitischen Straftaten seien der Statistik zufolge rechtsextrem motiviert, habe Seehofer erklärt, so die „Allgemeine“ weiter. Vorsichtig weist sie auf Kritiker der Registrierweise hin. Antisemitische Straftaten würden zu häufig als rechtsextrem eingestuft werden, wenn kein Verdächtiger bekannt sei, tatsächlich aber von anderer Seite, beispielsweise von Muslimen begangen würden.

Im Juni 2019 erschien gerade zu diesem Thema in der „Jüdischen Rundschau“ der Artikel „Wird moslemischer Antisemitismus fälschlich als „rechtsextrem“ eingestuft?“ von Stefan Frank. Die „Rundschau“ bezieht teilweise dezidiert andere Positionen in politischen Grundsatzdebatten als die wichtigere und am Zentralrat orientierte „Allgemeine“. Ohne auf diese Frage hier weiter eingehen zu können, läßt sich allgemein formulieren, daß die Interpretation von Kriminalitätsstatistiken ein Maß an Sorgfalt erfordert, welche viele Leitmedien leider vermissen lassen.

Auch die von uns zitierte ZEIT ONLINE läßt diese Sorgfalt vermissen, unterschlägt sie doch geflissentlich, daß in der von ihr zitierten Statistik von 1241 Straftaten immerhin 538 bzw. 43,4% keiner Richtung zuzuordnen seien. Aus diesem Grunde erscheint uns diese Aufstellung für sich genommen unbrauchbar. Das ist natürlich Ansichtssache und man kann das auch anders sehen. Allerdings hätte die ZEIT dieses wichtige Faktum nicht unkommentiert übergehen dürfen.

Daß dahinter nicht mangelnde Sorgfalt, sondern eine bewußte Manipulation in der Berichterstattung steckt, zeigt die Fortsetzung in der Überschrift, Politiker der CDU seien am häufigsten betroffen gewesen. Damit wird ein Zusammenhang suggeriert, der sich aus den Quellen der Zeitung nicht ergibt. Vielmehr wurde die zugrundeliegende Statistik separat aufgrund der folgenden Frage des FDP-Abgeordneten Kuhl erstellt:

„Wie oft waren Mitglieder der Parteien, die im Deutschen Bundestag vertreten sind, im Jahr 2019 von Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger betroffen (bitte nach Parteien aufschlüsseln)?“

Demnach waren Amts- und Mandatsträger der wie folgt betroffen: CDU 161mal, AfD 143mal, SPD 118mal, Grüne 97mal, Linke 45mal, CSU 13mal, FDP 12mal.

Diese Statistik basiert auf Opfer-Kategorisierungen, was eine argumentative Verknüpfung mit der aus entgegengesetzter Perspektive gefertigten und oben angeführten Statistik problematisch macht. Daraus ergibt sich aus der banalen, aber dennoch erwähnenswerten Tatsache, daß die Opfer alle bekannt sind, ein andere Grundlage: Es gibt keine – wie in der oben aufgeführten Tabelle – „leere“ Kategorie; alle erfaßten Vorkommnisse können lückenlos zugeordnet werden.

Vordergründig kann sich die ZEIT gegen den Vorwurf der Manipulation verwahren, doch wir haben auf der Basis der zweiten Statistik etwas Mathematik betrieben und sind zu folgenden interessanten Ergebnissen gekommen:

Wir gehen von der einfachen Beobachtung aus, daß die Parteien unterschiedlich viele Mitglieder haben. Beispielsweise hatten Ende 2018 nach unterschiedlichen Quellen die CDU 415000, die SPD 435000 und die AfD 35000 Mitglieder. Nach der Statistik waren diese drei Parteien 161mal, 118mal und 143mal von politisch motivierter Gewalt betroffen.

Rechnet man nun aus, wieviel Vorfälle auf jeweils 1000 Mitglieder kommen, so ergibt sich ein völlig anderes Bild: Die CSU liegt mit 0,09 Fällen am unteren Ende der Statistik, die absolut führende CDU mit 0,39 im Mittelfeld. Einsam an der Spitze liegt die AfD mit 4,09 Vorfällen auf je 1000 ihrer Mitglieder.

Auf der Basis dieser Werte ergibt sich, daß AfD-Mitglieder 8mal so häufig wie die Vertreter aller anderen Parteien das Ziel politisch motivierter Angriffe sind. Die Grünen folgen mit einer knapp 3mal höheren Quote als der Gesamtdurchschnitt. Die genaueren Erläuterungen mathematischer Natur folgen auf einem separaten Blatt.

Es ist angesichts dieser mathematisch einfachen Berechnungen durchaus angebracht, von einer bewußten Manipulation durch ZEIT ONLINE (und die Leitmedien) zu sprechen. Die Gewalt gegen die AfD wird bagatellisiert, weil man sonst auf der Suche nach den Ursachen das Dogma von der hauptsächlich von Rechts ausgehenden politisch motivierten Gewaltanwendung hinterfragen müßte.

Auch Angehörige des AfD-Kreisverbandes Oberhausen sind in der Vergangenheit mit Gewalt konfrontiert worden, Sachbeschädigungen inklusive. Dazu haben die Medien (auch die WAZ) oft geschwiegen oder nur am Rande berichtet. Wenn die Anschläge auf FDP-Politiker und -Einrichtungen nach der Thüringen-Wahl bei den Medien wenigstens in diesem Punkte zu einem Umdenken führen würden, wäre schon viel gewonnen.

Die Mitgliederzahlen der Bundestagsparteien und die Häufigkeit von Angriffen auf deren Mitglieder bzw. Mandatsträger im Jahre 2018

Partei	Mitglieder	PA 2019	PA pro 1000 M.	Gesamt-Durchschnitt = 1
SPD	435000	118	0,27	0,6
CDU	415000	161	0,39	0,8
CSU	140000	13	0,09	0,2
Grüne	75000	97	1,29	2,7
FDP	65000	12	0,18	0,4
Linke	60000	45	0,75	1,6
AfD	35000	143	4,09	8,5
Gesamt	1225000	589	0,48	1,0

Erläuterungen:

In den Spalten 1 und 2 stehen die Parteien und deren Mitgliedszahlen 2018 nach verschiedenen Quellen (gerundet). Spalte 3 „PA 2019“ bezeichnet die Personenangriffe im Jahre 2019, die den Parteien zugeordnet werden konnten.

Spalte 4 „PA pro 1000 M.“ zeigt an, wieviele Personenangriffe (PA) auf jeweils 1000 Parteimitglieder der betreffenden Parteien entfielen. Mathematisch handelt es sich um die Angabe der Häufigkeit z. B. bei der SPD:

„118 Vorfälle bei einer Grundgesamtheit von 435.000 Personen“.

Das heißt, es sind also 0,27 Promille oder 0,027 Prozent der 435.000 Personen (SPD) betroffen usw.

Wichtiger als die absolute ist die relative Häufigkeit. So sind FDP und Linke mit 65000 / 60000 Mitgliedern vergleichbar groß, doch 12 Angriffen auf FDP-Mitgliedern stehen immerhin 45 bei den Linken gegenüber.

Zur Berechnung der relativen Häufigkeit ist die Gesamtheit aller Mitglieder (1225000) zur Gesamtheit aller Vorfälle (589) genommen worden. Demnach kommen auf 1000 Mitglieder im Schnitt 0,48 Vorfälle.

Diese 0,48 Vorfälle sind in Spalte 5 als Index $0,48 = 1$ gesetzt worden. Die Werte aus Spalte 4 werden entsprechend umgerechnet und stehen als gerundete Ergebnisse in Spalte 5.

Die Spalte 5 zeigt die Wahrscheinlichkeit, mit der Parteimitglieder mit Übergriffen rechnen müssen, in Beziehung zum Durchschnitt aller Parteien. Das Risiko für ein CDU-Mitglied (0,8) ist doppelt so hoch wie für ein FDP-Mitglied (0,4).

Das Resultat ist eindeutig: AfD-Mitglieder müssen mit einer 8,5fachen Wahrscheinlichkeit damit rechnen, Opfer von politisch motivierter Gewalt zu werden im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt aller Parteimitglieder überhaupt. Weit dahinter folgen die Grünen mit einer 2,7fachen Wahrscheinlichkeit noch vor den Linken (1,6fach).